

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

E/XXI/164

Bonn, den 30. August 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 Der Minister aber bleibt! 44

„Was muß noch alles passieren,
damit in dieser Bundesrepublik überhaupt etwas passiert?“

2 Pankow muß auf der Stelle treten 43

Wenig Erfolg bei Bemühungen um diplomatische Anerkennung

Von * *

3 - 5 DIE VEREINigten NATIONEN 165

Ohne Macht aber unentbehrlich

Von Junius

6 45

ANHANG

Georg Scheuer: "Frankreich zwischen gestern und morgen"

Ein neues Buch, das jeder Politiker kennen sollte

+ * +

Herausgeber: SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH, 53 Bonn 1, Postfach

Büro: Baunscheidtstraße 17 • Telefon: Geschäftsführung 21901/319 • Redaktion 21831/32 • Telex: 8866890

Verantwortlich für die Redaktion: Chefredakteur Günter Markscheffel

Der Minister aber bleibt !

"Was muß noch alles passieren,
damit in dieser Bundesrepublik überhaupt etwas passiert ?"

sp - In der benachbarten Niederlande ist der Innenminister zurückgetreten, weil er in der Öffentlichkeit wegen seines Verhaltens nach einer von ihm verschuldeten kleinen Autokarambolage angegriffen worden war. Natürlich ist dieser verhältnismäßig geringfügige Vorfall nur der berühmte Tropfen gewesen, der ein bereits volles Faß zur Überlaufen brachte. Seit Monaten wird der Innenminister wegen seiner Amtsführung kritisiert. Aber immerhin - er ist zurückgetreten, als er einsehen mußte, daß er in der Öffentlichkeit kaum noch Verteidiger findet. Man hat ihn gehen lassen, obwohl sich die Regierung der Niederlande gerade jetzt in einer äußerst schwierigen Situation befindet.

In Bonn - bekanntlich nicht weit von der Hauptstadt der Niederlande entfernt - ist das ganz anders. Da wird ein Bundesverteidigungsminister, in dessen Ressort u. a. auch die Verwaltung von rund 20 Milliarden DM fällt, seit Monaten öffentlich der Unfähigkeit bezichtigt. Ihm sprechen seine Ministerkollegen und seine Parteifreunde *c f f i z i e l l* ihr "volles Vertrauen" aus, obwohl man schon mit der Lektüre suchen muß, um in der deutschen Presse ein Wort der Verteidigung für diesen Verteidigungsminister zu finden.

Der Minister aber bleibt und behauptet sogar: "Ich habe die Bundeswehr fest in der Hand."

Der gleiche Verteidigungsminister gibt vor der deutschen und internationalen Presse öffentlich zu, daß im Bereich seines Aufgabengebietes sehr vieles nicht in Ordnung ist. Er gibt ferner zu, daß zwischen ihm und seinem Staatssekretär auf der einen, sowie hohen Offizieren auf der anderen Seite erhebliche Mißstimmungen und Meinungsverschiedenheiten bestehen. Er erklärt mit verblüffender Naivität, daß er seit Jahren unfähige oder zumindest nicht wirklich fähige hohe Offiziere in wichtigen Kommandostellen der Bundeswehr belassen habe.

Der Minister aber bleibt!

Tabei ist in dieser Runde der Erörterungen über die Zustände im Verteidigungsministerium noch nicht einmal über die eigentliche Aufgabe des Ministers - Wahrer und Vertreter einer klar unriessenen Verteidigungskonzeption - zu sein, gesprochen worden.

Der Minister aber bleibt!

Die ganze Geschichte wirkt makaber, wenn man sich vergegenwärtigt, wie widersprüchlich Aussagen und Taten sind. Der Verteidigungsminister beschuldigt vor der Presse den Luftwaffeninspekteur größter Unterlassungen und Verfehlungen. Aber nur wenige Stunden später wird der gleiche Luftwaffeninspekteur mit den höchsten Ehren verabschiedet. Er bekommt den "Zapfenstreich", man steht stramm, die Kapelle intoniert "Wir treten zum Bösen" und der Minister drückt den vorher Geschmähten die Hand... - Da kann man nur mit dem früheren baden-württembergischen Ministerpräsidenten Dr. Reinhold Meyer sagen: "Was muß noch alles passieren, damit in dieser Bundesrepublik überhaupt etwas passiert?" !

Pankow muß auf der Stelle treten

Wenig Erfolg bei Bemühungen um diplomatische Anerkennung

Von * * *

Ulbricht ist in letzter Zeit wieder sehr bestrebt, die Position der "DDR" diplomatisch aufzuwerten; allerdings mit geringem Erfolg. Als nächstes steht für Ulbricht ein Besuch in Jugoslawien bevor. Zwischen Belgrad und Pankow läuft offensichtlich nicht alles so, wie es sich Ulbricht vorgestellt hatte. Als Tito diplomatische Beziehungen mit Pankow aufnahm und Ulbricht hoffte, daß dieses Beispiel auch andere neutrale Staaten zur Nachahmung veranlassen würde, wurde er enttäuscht. Pankow blieb nach wie vor, auch bei den meisten neutralen Staaten, isoliert.

Ob Ulbricht bei seinem Besuch in Belgrad den Gastgeber bitten wird, Jugoslawien möge bei anderen neutralen Staaten dem Pankow-Regime die Türen öffnen, wird in Ostberlin für möglich gehalten. In Belgrad dagegen zeigt man derartigen Andeutungen gegenüber die kalte Schulter, zumal es kein Geheimnis ist, daß sich Jugoslawien gerade in jüngster Zeit bemüht, die Beziehungen zur Bundesrepublik wieder zu verbessern.

Auch der stellvertretende Ministerpräsident der Vereinigten Arabischen Republik, Dr. Hatem, konnte bei seinem kürzlich in Pankow stattgefundenen Besuch den Wunsch seiner Gastgeber nach Aufnahme offizieller diplomatischer Beziehungen zu allen arabischen Staaten nicht erfüllen. Das Besuchsergebnis wurde in Pankow und Kairo gleichermaßen als mager bezeichnet.

Ein sehr schwieriges Problem ergibt sich für Pankow jetzt in Peking. Ulbricht hat ohne Zweifel in der Vergangenheit versucht, eine Art Mittlerrolle zwischen Moskau und Peking zu spielen. Ob man das ernst genommen hat, ist fraglich. Seitdem nun bei den jüngsten Zwischenfällen in Peking auch das Botschaftspersonal der "DDR" tätlich angegriffen wurde, muß sich Pankow wohl oder übel den sowjetischen Protesten gegen die Ausschreitungen der chinesischen Jungkommunisten anschließen. Dadurch wurde Ulbricht wieder an die Seite Moskaus gedrängt, was zur Folge hat, daß Pankow jetzt nicht mehr die Möglichkeit hat, eine noch vor kurzem mit gewissen Chancen ausgestattete "Mittlerrolle" zu spielen. Das Groteske an der Situation, wie sie sich jetzt in Peking darstellt, ergibt sich auch aus dem Umstand, daß die offiziellen Vertreter Pankows in China nicht nur gemeinsam mit Moskau, sondern auch mit den Botschaften anderer Staaten gegen die Übergriffe der Jungkommunisten protestieren müssen. Wie peinlich die ganze Angelegenheit für die Machthaber in Pankow ist, erzieht man daraus, daß die Zeitungen der sowjetischen Besatzungszone die Zwischenfälle in Peking entweder verschweigen oder nur in Form von Kurzmeldungen ihren Lesern zur Kenntnis bringen.

Im Ganzen ergibt sich, daß den Bemühungen Pankows um eine Aufwertung des Zonenregimes auf internationaler Ebene verhältnismäßig wenig Erfolg beschieden ist. Pankow muß auf der Stelle treten.

DIE VEREINIGTEN NATIONEN

Ohne Macht aber unentbehrlich

Von Junius

Es ist ein seltsames Schauspiel, daß man einen UNO-Generalsekretär sozusagen auf den Knien nachrutscht, damit er sich im kommenden Herbst erneut zur Wahl stelle. Aber alle Großmächte wissen, daß es ganz unmöglich ist, sich über die Person irgend eines anderen Bewerbers zu einigen: Der Finne Ralph Enckell ist mit dem Odium belastet, ein Weißer und gar noch ein Europäer zu sein; der Afrikaner erscheint in den Augen der Oststaaten zu prowestlich, der Afghane Abdul Rachmann Pashwak auf der Gegenseite zu östlich orientiert. U Thant aber will diesen "mörderischen Job" nicht noch einmal übernehmen, wenn die beiden Großmächte nicht bereit sind, zu "dem Geist der Gründerzeit zurückzukehren" und sich zu einer Politik der internationalen Kooperation verpflichten. Wo aber müßte hier der Hebel angesetzt werden, welche Reformen sind notwendig, um die Vereinigten Nationen in die Lage zu versetzen, die selbstgestellten Aufgaben zu erfüllen.

Die Vereinigten Nationen werden in diesen Tagen großjährig, wenn wir - wie dies in den meisten Ländern der Fall ist - dieses Alter mit 21 Jahren ansetzen. Seit der Konferenz von San Francisco, wo ihre Satzungen beraten wurden, sind die Vereinigten Nationen von 51 auf 117 Mitglieder angewachsen. Demnächst wird wohl Indonesien neumütig zurückkehren; Guayana steht schon auf der Warteliste. Basutoland und Betschuanaland werden noch in diesem Jahr von Großbritannien in die Unabhängigkeit entlassen, die praktisch gleichbedeutend ist mit der Aufnahme in die große Völkerfamilie, die heutzutage auch dem Geringsten nicht mehr verweigert wird. Die UNO hat damit praktisch jene Universalität erreicht, die ihren Gründern vorschwebte.

* * *

Und trotzdem! Nicht nur die ständig Ubelwollenden Kritiker gehen heute mit der Weltorganisation hart ins Gericht. Auch jene, die der UNO wohlgesonnen sind, machen sich ernste Sorgen um die Weltfriedensorganisation.

Daß eine Institution im Laufe der Zeit ihr Wesen ändert, ist ein bekannter geschichtlicher Vorgang. Der Gang des politischen Lebens läßt sich eben bis ins Detail niemals normieren. Daneben gibt es Phänomene im Bereich der weltpolitischen Wirklichkeit, die in der Charta eigentlich gar nicht vorgesehen sind und die daher mit den Mitteln, die die Satzung kennt, gar nicht erfaßt werden können.

- * Ein solches Problem stellt sich sofort mit der Vollberechtigung
- * aller Mitglieder, die dazu führt, daß - wenigstens in der Voll-
- * versammlung - der noch keine halbe Million Einwohner zählende
- * westafrikanische Staat Gaton über eine der amerikanischen oder
- * sowjetischen gleichwertige Stimme verfügt.

Wohl forderte der Generalsekretär U Thant in seinem letzten Jahresbericht eine Überprüfung der Aufnahmebedingungen, doch sprach sich praktisch nur Frankreich für eine solche Reform aus. Keiner wollte der Katze die Schelle umhängen. Gerade die führenden Weltmächte haben Angst davor, weil sie es mit den jungen Ländern nicht verderben wollen. So bleibt der in Artikel 1 Absatz 2 und Artikel 2 Absatz 1 formulierte Gleichheitssatz auch weiterhin eine der Grundnormen der UNO. Daß sich der tatsächliche Sachverhalt nicht mit dieser Norm deckt,

gehört eben zu dem Kapitel Weltwirklichkeit und Satzungstext. Doch der Satzungstext ist, trotz der angeführten Artikel diesbezüglich, gar nicht so klar.

- * Der Kerngedanke der Charta ist vielmehr eindeutig eine Art Welt-
- * hegemonie der als ständige Mitglieder des Sicherheitsrates zusam-
- * mengefassten Gruppe der fünf Super- und Großmächte China, Frank-
- * reich, Großbritannien, Sowjetunion und Vereinigte Staaten. Der
- * Sicherheitsrat, das Herrschaftsinstrument dieser Großmächte, wurde
- * mit einer fast erdrückenden politischen und militärischen Ent-
- * scheidungsgewalt ausgestattet. So wenigstens bis man an den Haken
- * kommt: das Vetorecht.

Um den Sowjets den Beitritt schmackhaft zu machen und um vorvorrerein auszuschließen, daß sich im Sicherheitsrat eine Koalition gegen eine der Mitgliedsstaaten bildet, wurde das Vetorecht eingeführt, das erlaubt, daß die eine Stimme eines ständigen Mitglieds jegliche Aktion blockiert. Der Kalte Krieg hat dann das Übrige getan und aus dem Sicherheitsrat, der der Hüter des Weltfriedens sein sollte, einen in fast allen entscheidenden Situationen handlungsunfähigen Debattierklub gemacht. Nur so war es möglich, daß die Generalversammlung immer wieder versucht, Aufgaben und Rolle des Sicherheitsrates an sich zu reißen.

* * *

Unter diesem Gesichtspunkt betrachtet, hat natürlich die Zusammensetzung der Generalversammlung eine gewaltige Bedeutung. Vor allem der Zustrom von neuen, soziologisch gesehen dem kolonialen Zustand kaum entwachsenen Staaten in die Vereinigten Nationen hat diese selbst völlig verwandelt. Die Ziffern sprechen hier eine deutliche Sprache: Von den 51 Gründungsmitgliedern, die am 24. Oktober 1945 die Charta ratifiziert hatten, gehörten zu Afrika 4, zu Amerika 22, zu Asien 8 zu Europa 15 Mächte. Dazu kamen Australien und Neuseeland. Von den 110 Mitgliedern, die die Vereinigten Nationen am 1. Januar 1965 zählten, entfielen auf Afrika 33, Amerika 24, Asien 25, Europa 26 und Ozeanien 2. Diese Strukturveränderung hat natürlich ganz neue Probleme entstehen lassen, deren Lösung sich häufig als recht mühselig erwiesen hat. Am sichtbarsten wurde der Wechsel bei der Verteilung der nichtständigen Sitze des Sicherheitsrates. Artikel 23 der Charta verlangt für sie "eine angemessene Aufteilung in geographischer Hinsicht". Während es ursprünglich sechs nichtständige Mitglieder gab, sind es jetzt zehn, von denen in der Regel einer einer europäischen Macht vorbehalten bleibt. Ein analoges Problem zeigt sich bei der Wahl der Richter für den Ständigen Internationalen Gerichtshof. Es wäre gewiß falsch, wollte man die neuen Staaten alle in den gleichen Topf werfen. Gambia, Gabun, Kuwait, Luxemburg, Malta, die Malediven und Island haben zwar eines gemeinsam, nämlich, daß jedes weniger als 500 000 Einwohner zählt. Aber sonst kann man kaum viel Gemeinsames an ihnen entdecken. Der Vorschlag, daß die Zwergstaaten mit einer "assoziierten Mitgliedschaft" verfahren sollten, regelt - soviel ich sehe - kein einziges der Grundprobleme. Es waren weder in der Vergangenheit, noch sind es jetzt die Zwergstaaten, die die Arbeit der Vereinigten Nationen lähmen. Was dagegen eine kontinuierliche und ersprießliche Arbeit häufig verhindert, ist die Tatsache, daß in der Generalversammlung völlig unsichere, ständig fluktuierende Mehrheitsverhältnisse herrschen.

- * Da die wichtigsten Entschlüsse einer Zweidrittelmehrheit bedürfen,
- * ist jeder der (etwas vereinfacht ausgedrückt) drei Blöcke stark
- * genug für eine blockierende Eindrittelmehrheit. Natürlich liegt
- * auch hier die eigentliche Schuld bei den Großmächten. Es sind ja
- * sie, die überall versuchen, sich einen Anhang zusammenzufinden.
- * Gelingt es ihnen ausnahmsweise, sich zu verständigen und an gleichem Strick zu ziehen, so geht alles wie am Schnürchen.

* * *

Die Selbstentthronung des Sicherheitsrates mußte natürlich vor

allen dort zu Konsequenzen führen, wo die Vereinten Nationen versuchten und instande waren, direkt in Streitfälle einzugreifen. Als Beispiel sei hier nur die Suez-Krise angeführt, die vor zehn Jahren die Welt an den Rand der Katastrophe führte. Erste Lehre: Die Vereinten Nationen erwiesen sich im Stadium der akuten Krise als handlungsunfähig. Es war die Sowjetunion, die, nachdem sie die Lage in Ungarn unter Kontrolle gebracht hatte, durch ihre Drohung, Paris und London mit Raketen zu bombardieren, Washington zwang, sich deutlich gegenüber England und Frankreich abzugrenzen.

* * *

Doch zurück zur UNO, die erst, als die Brandgefahr vorbei war, schließlich wieder auf dem Plan erschien. Aufgrund eines Beschlusses des Sicherheitsrates wurden bewaffnete UNO-Streitkräfte aufgestellt, die dafür sorgen sollten, daß die beschlossene Waffenruhe und der angeordnete Rückzug der israelischen Truppen von der Halbinsel Sinai auch befolgt würden. Aber schon für die Aufstellung der Gruppen wurde ein zumindest dem Geist der Satzung völlig widersprechendes Verfahren gewählt. Nach Wortlaut und Geist des Kapitels VII der Charta erscheinen die fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates als natürliche Träger auch eventueller militärischer Operationen der Vereinten Nationen. Aber nun gilt als oberster Grundsatz für die Zusammensetzung der bewaffneten UNO-Macht gerade der Ausschluß der Truppen der ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates. Darin liegt bereits ein gewaltiges Hindernis für die Hauptaufgabe der Weltorganisation, "die kommenden Generationen vor der Geißel des Krieges zu bewahren".

- * Aber das eigentlich lähmende Element liegt in der Tatsache begründet, daß die Vereinten Nationen überall da zur völligen Passivität verurteilt sind, wo in einem Konflikt eine der beiden Supermächte vital engagiert ist.

Generalsekretär U Thant hat kürzlich zu verstehen gegeben, daß von der UNO nichts mehr übrig bleibe, wenn bei einem offenen Krieg - wie er in Vietnam tobt - die Charta ganz einfach beiseite geschoben werden könnte. Der Generalsekretär meint, daß damit die UNO stehe oder falle.

U Thant hat recht! Nur datiert dieser Zustand nicht erst seit dem Vietnamkrieg. Zum ersten Male in ihrer ganzen Schärfe hatte sich diese Tatsache in der Ungarnkrise gezeigt. Die außerordentliche Generalversammlung hatte zwar am 4. November 1956 die Sowjetunion aufgefordert, jede Form der Intervention, in besonderen eine bewaffnete Intervention der Roten Armee, in die inneren Angelegenheiten Ungarns zu unterlassen. Sie hatte auch beschlossen, Beobachter nach Ungarn zu senden, die der Vollversammlung und einem besonders eingesetzten Untersuchungsausschuß berichten sollten, aber alle diese Beschlüsse blieben toter Buchstabe. Ungarn verbot den Vertretern der Vereinten Nationen die Einreise - und damit war die Sache erledigt.

Die Ursachen dieser Erscheinung sind nicht schwer zu erkennen. Die atomare Rüstungsüberlegenheit der beiden Supermächte hat sie gewissermaßen außerhalb der für alle geltenden Rechtsnormen gestellt, da eben nur ein Atomkrieg - also die Vernichtung der Welt selbst - diese Mächte zu völkerrechtskonformem Handeln zwingen könnte.

- * Aus dieser internationalen Gesamtsituation entspringt die neue Tendenz der Vereinten Nationen, nur außerhalb der spezifischen Interessensbereiche der Supermächte aktiv zu werden. Da die beiden Großen ihr Einflußgebiet jeden Tag ein wenig mehr ausdehnen, wird der Spielraum der UNO jeden Tag ein wenig kleiner. Gegen diese Supermächte gibt es nur eine überlegene Macht: das Gewissen der Weltöffentlichkeit.

Hier - und nicht in irgendwelchen institutionellen Reformen - liegen die Chancen zur Überwindung der Krise.

* * *

Frankreich zwischen gestern und morgen

Ein neues Buch, das jeder Politiker kennen sollte

sp - Unter dem Titel "Marianne auf dem Schafott - Frankreich zwischen gestern und morgen" ist jetzt im Europa-Verlag (Wien, Frankfurt, Zürich) ein Buch des Journalisten Georg Scheuer erschienen, das eigentlich in die Bibliothek jedes deutschen Politikers gehörte. Georg Scheuer, ein österreichischer Sozialist, lebt seit 1938 in Frankreich. Er gehört zu den besten Kennern der Nachkriegspolitik seines Gastlandes. Als Korrespondent des Sozialdemokratischen Pressedienstes und zahlreicher Zeitungen in der Bundesrepublik hat er sich schon vor Erscheinen seines Buches den Ruf eines Publizisten erworben, der scheinbar leidenschaftslos, aber doch mit starkem persönlichem Engagement, das politische Geschehen unseres Nachbarlandes analysiert und darstellt. Mit seinem Buch "Frankreich zwischen gestern und morgen" klärt Georg Scheuer zahlreiche, auch dem vermeintlichen Frankreich-Kenner bis jetzt nicht ganz übersichtliche Zusammenhänge der französischen Politik auf und führt den Leser über die einzelnen Stationen von der Dritten über die Vierte zur Fünften Republik und zu den Perspektiven des "Frankreich nach de Gaulle".

Wie bei Scheuer nicht anders zu erwarten, hat er jenem Teil der französischen Innen- und Außenpolitik besondere Aufmerksamkeit gewidmet, der nur aus den oft komplizierten Veränderungen innerhalb der französischen Linksparteien zu verstehen ist. Aber auch die Reaktionen der Mittel- und Rechtsparteien auf die Entwicklung der Nachkriegsgeschichte Frankreichs registriert Scheuer gewissenhaft. Das Buch ist von höchster Aktualität, weil es das Verständnis für zahlreiche Entscheidungen de Gaulles fördert, die in der deutschen Publizistik bisher recht unterschiedlich interpretiert wurden. Die Dramatik des Geschehens kommt dort am besten zum Ausdruck, wo der Verfasser schildert, wie aus der ursprünglich das französische Imperium verteidigender General de Gaulle ein Staatspräsident wurde, der Frankreichs Kolonialreich in die Unabhängigkeit entließ und dadurch sogar die Linksparteien an seine Außenpolitik fesselte.

Ebenso dramatisch ist die Darstellung jener Episoden, wo Scheuer die Gründe für das Streben de Gaulles nach größerer Unabhängigkeit Frankreichs schildert. Auch hier werden Entscheidungen nicht nur registriert, sondern auch analysiert und in den Rahmen einer Gesamtkonzeption gestellt.

Das Buch Scheuers besticht durch die Einfachheit der Formulierungen und durch die Klarheit seiner Quellen; es ist eines der wenigen Bücher über die Nachkriegsgeschichte Frankreichs, in denen keine Spekulationen angestellt werden. Scheuers Buch wird dadurch zu einem wertvollen Beitrag zur Zeitgeschichte eines Nachbarlandes Deutschlands, dessen Schicksal unlöslich mit unserem eigenen Schicksal verbunden ist.